

Alltagskämpfe

Seit gut einem Jahr stehen Flüchtlingsproteste hierzulande immer wieder im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Zugleich sollte nicht aus dem Blick geraten, dass spektakuläre Aktionen wie der 600 Kilometer lange Flüchtlingsmarsch von Würzburg nach Berlin lediglich die Spitze eines Eisbergs sind. Denn meist bleiben all jene Alltagskämpfe unsichtbar, in denen sich Flüchtlinge und MigrantInnen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus gegen die Entrechtungen zur Wehr setzen, denen sie in Flüchtlingslagern, auf Ausländerbehörden oder bei rassistischen Polizeikontrollen permanent ausgesetzt sind. Eines von unzähligen Beispielen ist das Flüchtlingslager Friedersdorf in Sachsen-Anhalt, 9 Kilometer entfernt von der Kleinstadt Bitterfeld. Bereits im November 2012 demonstrierten BewohnerInnen des Lagers gegen den baufälligen Zustand und die isolierte Lage der Barrackenunterkunft. Denn diese würde zusammen mit Abschiebeandrohungen, Arbeitsverboten und weiteren Diskriminierungen zu ihrer persönlichen „Zerrüttung und Traumatisierung“ beitragen, so die Flüchtlinge. Gefordert wurde folglich eine dezentrale Unterbringung in privaten und städtisch gelegenen Wohnungen. Passiert ist allerdings nichts, obwohl sich die zuständige Sozialdezernentin des Landkreises Anhalt-Bitterfeld, Dr. Sabine Engst, nach einem Besuch des Lagers „entsetzt“ gezeigt hatte. Bestimmend waren demgegenüber ständige Einschüchterungsversuche sowohl der Behörden als auch der Lagerleitung gegen Oumarou Hamani Ousman, einen der Initiatoren der Proteste, der auch bei Afrique-Europe-Interact aktiv ist.

Am 25. April diesen Jahres verstarb sodann Cosomo Saison an den Folgen einer vergleichsweise harmlosen Erkankung, nachdem ihm der Arzt eines bereits am 19. April nach Friedersdorf gerufenen Krankenhauses lediglich ein Antibiotikum verschrieben hatte, anstatt die sofortige Einweisung in die Klinik zu veranlassen. Vor diesem Hintergrund ist es am 30. April zu einer mehrstündigen Blockade der Zufahrtstraße des Lagers mit Baumstämmen gekommen, der Slogan auf dem Transparent lautete: „Freiheit ist ein Recht für alle Menschen. Isolation macht unsere Köpfe kaputt. Kein Mensch ist illegal.“ Afrique-Europe-Interact ruft dazu auf, die Flüchtlinge in Friedersdorf zu unterstützen – ein Muster für Protestbriefe oder -faxe an die politisch Verantwortlichen ist zusammen mit weiteren Hintergrundinformationen, Bildern und Videos auf unserer Webseite dokumentiert.

Ökonomisch stehen viele Basisinitiativen in Afrika mit dem Rücken zur Wand. Wir rufen daher dringend zu Spenden für die alltägliche politische Arbeit unserer MitstreiterInnen in Mali, Togo, Burkina Faso, Tunesien und Marokko auf. Stichwort: Umverteilung praktisch angehen!



Abschlussdemonstration des 600 Kilometer langen Flüchtlingsmarsches von Würzburg nach Berlin mit über 5.000 Menschen, 13. Oktober 2012 [Foto: Umbruch Bildarchiv]

Dialog statt Wahldiktat

Soziale Bewegungen in Mali kritisieren neokoloniale Einflußnahme scharf

Das derzeitige Konfliktgeschehen in Mali ist zweifelsohne komplex. Um so bemerkenswerter scheint es, dass die am 11. Januar begonnene Militärintervention Frankreichs unverändert auf große Zustimmung innerhalb der Bevölkerung stößt. Während nämlich die Intervention der ehemaligen Kolonialmacht von Anfang an als halbwegs überschaubares Übel galt, hätte ein erfolgreicher Vorstoß der Islamisten Richtung Süden nicht nur zu einer weiteren Destabilisierung des Landes geführt, sondern auch zu einer schleichenden Unterwanderung der malischen Gesellschaft durch islamistische Kräfte. So das Kalkül innerhalb der von vielen als existentiell erlebten Bedrohungslage. Hinzu kommt, dass das Eskalationsrisiko ebenfalls als relativ gering erachtet wird, einfach deshalb, weil die Islamisten innerhalb der Bevölkerung – anders als in Afghanistan oder Somalia – regelrecht verhasst sind.

Und doch sollte diese Positionierung nicht als lax, ja verharmlosende Haltung gegenüber Krieg oder neokolonialer Einflussnahme gewertet werden, wie hierzulande in antimilitaristischen Kreisen bisweilen zu hören war. Denn die von DurchschnittsmalierInnen favorisierte Lesart zur Entstehung der aktuellen Krise weicht erheblich davon ab, wie die französische Regierung, die EU oder auch die Westafrikanische Wirtschaftsunion ECO-WAS die Lage beschreiben.

Danach seien nicht islamistische Terroristen das zentrale Problem. Im Zentrum der Kritik steht vielmehr der korrupte, vom Westen in den letzten 20 Jahren zur so genannten „Musterdemokratie“ hochstilisierte malische Staat. Aufhänger ist, dass Spitzen aus Regierung, Militär und Polizei – einschließlich des ehemaligen Präsidenten – seit 2003 eng mit der Al Quaida des Maghreb (AQMI) bei Schmuggelgeschäften und Lösegeldver-

handlungen für entführte Geiseln paktiert und somit die Verankerung von Islamisten im äußersten Norden Malis äußerst fahrlässig begünstigt haben. Konsequenz war, dass diese zusammen mit den aus Libyen zurückgekehrten Tuareg-Rebellen der MNLA zwischen Januar und April 2012 den gesamten Norden Malis gleichsam im Handstreich erobern konnten (→ S. 3). Die faktische Preisgabe der nördlichen Regionen – samt Zerstörung lokaler Wirtschaftskreisläufe – war jedoch nicht die einzige Machenschaft eines zutiefst korrumpierten Staatswesens. All dies korrespondiert vielmehr mit Veruntreuung im großen Stil und einer von der Bevölkerungsmehrheit völlig losgelösten politischen Klasse – ablesbar unter anderem daran, dass im Parlament französisch gesprochen wird, obwohl dies allenfalls ein Drittel der Menschen überhaupt versteht. Hinzu kommen die von sämtlichen Regierungen Malis seit Mitte der 1980er Jahre rücksichtslos durchgesetzten Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank: Eine neoliberale Roskur, die nicht nur zu umfangreichen Privatisierungen und Marktöffnungen, sondern auch zu massiven Einschnitten im ohnehin äußerst schwach entwickelten Bildungs- und Gesundheitswesen geführt hat.

So betrachtet dürfte derweil verständlich werden, weshalb der von niedrigen Rängen der Armee initiierte Putsch vom 22. März 2012 bis heute von den allermeisten gutgeheißen wird. Selbst diejenigen, die ausdrücklich betonten, dass ein Putsch aus prinzipiellen Gründen einen Anschlag auf das Wesen demokratisch legitimer Entscheidungsprozesse darstelle, formulierten die Einschätzung, dass die Absetzung des langjährigen Präsidenten Amadou Toumani Touré den Staat buchstäblich vor einer weiteren Instrumentalisierung und Zerstörung durch die alte politische Klasse gerettet habe. Es scheint

insofern absolut folgerichtig, dass soziale Bewegungen in Mali bei ihrer aktuellen Suche nach Lösungsstrategien den Antagonismus zwischen Bevölkerung und Staat ins Zentrum rücken, so auch eine mit Spenden für Afrique-Europe-Interact ermöglichte Friedenskonferenz, die die malische Sektion unseres Netzwerks Anfang Mai in Bamako ausgerichtet hat: Über 300 Leute aus zahlreichen Orten waren gekommen, unter anderem Vertriebene aus dem Norden, Tuareg und Angehörige arabischstämmiger Communities. Im Mittelpunkt stand insbesondere die Verständigung darüber, dass es 20 Jahre nach dem Friedensabschluss zwischen Tuareg und malischer Gesellschaft irreführend wäre, von einem ethnisch aufgeladenen Nord-Süd-Konflikt zu sprechen. Vielmehr müsse hervorgehoben werden, dass sämtliche Teile der Bevölkerung von Korruption und Misswirtschaft betroffen seien, nicht nur einzelne Gruppen.

Und das gelte um so mehr, als immer wieder mit den historisch aufgeladenen Konflikten gezündelt würde – so geschehen unter Ex-Präsident Touré, der jahrelang verschiedene Tuareg-Clans im Norden gezielt gegeneinander ausgespielt habe. Nötig seien also, so das Fazit der Friedenskonferenz, zwei Dinge: Einerseits, der durchaus realen Gefahr eines so genannten „Amalgams“ entgegenzutreten, also der Ineinsetzung von Rebellen, islamistischen Milizionären und Drogenhändlern mit Tuareg oder arabischstämmiger Bevölkerung, wie es bei Übergriffen von Teilen der malischen Armee kurz nach Beginn der französischen Militärintervention mehrfach zum Ausdruck gekommen

ist. Andererseits, einen neuen „sozialen Vertrag“ zwischen sämtlichen Bevölkerungsgruppen und der politisch-institutionellen Sphäre als solcher herbeizuführen – was allerdings voraussetzt, in dialogorientierten Versammlungen unter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen die jüngste Geschichte systematisch aufzuarbeiten.

Es dürfte von daher kaum verwunderlich sein, dass sich derzeit viele empört darüber zeigen, dass im Zuge der Militärintervention und des bis heute gültigen Ausnahmezustandes die politische Auseinandersetzung über den zukünftigen Weg Malis quasi über Nacht abgewürgt wurde. Dabei sorgt insbesondere der frühe, vom Westen aufgezwungene Wahltermin im Juli für lautstarke Kritik, nicht zuletzt dessen erpresserische Koppe-

lung an die Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe. Denn je früher gewählt würde, desto stärker spiele dies den alten Eliten in die Hände. Einfach deshalb, weil die etablierten Akteure als einzige in der Lage seien, ohne längeren Vorlauf eigene KandidatInnen aufzustellen.

Schließlich: Ob in Mali oder anderswo, immer wieder zeigt sich, dass die EU im Falle Afrikas unverändert autoritäre Regime unterstützt, soziale Bewegungen unter Druck setzt und Flüchtlinge auf ihrem Weg Richtung Europa brutal verfolgt – passend zu den systematischen Entrechtungen, Diskriminierungen und Ausbeutungsverhältnissen innerhalb der EU. Das ist der Grund, weshalb sich Afrique-Europe-Interact vom 13. bis 16. Juni in Berlin an einem Tribunal gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland beteiligen wird (→ S. 4)

Neuer sozialer Vertrag zwischen Bevölkerung und politischer Sphäre vehement eingefordert



Gedenkdemostration in Tunis für den am 06.02.2013 ermordeten Oppositionspolitiker Chokri Belaid [Foto: Leona Goldstein]

Postrevolutionäre Neuanfänge

Infotour für Bewegungsfreiheit in Tunesien

Mitte März diesen Jahres – also im Vorfeld des Weltsozialforums – hatten sich einige Mitglieder von Afrique-Europe-Interact und anderen Netzwerken zusammen mit der tunesischen Gruppe „article 13“⁽¹⁾ zu einer Infotour durch verschiedene Städte Tunesiens aufgemacht. Ziel war es, Kontakte zu lokalen Gruppen, MigrantInnen und Flüchtlingen zu knüpfen und sie für den Kampf gegen das EU-Grenzregime und für das Recht auf Bewegungsfreiheit zu mobilisieren. Damit verbunden war auch die Überlegung, gemeinsam Anfang September öffentliche Aktionstage für diese Ziele in Tunesien zu organisieren.

Allerdings zeigte sich bei Diskussionen und kleinen Aktionen vor Ort einmal mehr, wie schwierig es ist, als europäische AktivistInnen in einem ehemals kolonialisierten Land zwei Jahre nach einer Revolution politisch aktiv zu werden. Insbesondere bei Begegnungen in El Fahs – einer Stadt im Norden Tunesiens, aus der im September 2012 viele Menschen beim Versuch ums Leben gekommen sind, per Boot nach Europa zu gelangen – wurde deutlich, dass der in migrationspolitischen Netzwerken mittlerweile übliche Migrationsdiskurs in Tunesien ganz anders verstanden werden kann, zumal „illegale“ Migration bisher ein kriminalisiertes Tabu-Thema war und zum Teil noch ist.

Denn mit der Forderung nach Bewegungsfreiheit für alle sollen Leute nicht, wie es manche TunesierInnen verstanden, zur Migration aufgefordert werden – genauso wenig wie wir mit Projekten wie „Watch the Med“ garantieren können, dass Boatpeople sicher in Europa ankommen. Wichtig in diesem Kontext ist, dass Familien von Vermissten traumatisiert sind und zum Teil ihre Kinder eher von „illegaler“ Migration abhalten wollen. „Migration is bad“ wollten etwa AktivistInnen einer lokalen Gruppe bei einer Graffiti-Aktion auf eine Wand sprühen, bis in einer Diskussion geklärt werden konnte, dass es nicht um Kritik an Auswanderung als solcher geht, sondern an der europäischen Visa-Politik und Grenzabschottung, so dass der Slogan in „Borders are bad“ verändert wurde. Probleme bereitet in Tunesien auch das zunehmende und immer öfter gewalt-

tätige Auftreten von Salafisten, also radikalen Islamisten – zum Teil auch unter dem Schutz der Ennahda, einer der drei Regierungsparteien. Ziel ihrer Angriffe sind zum einen Linke, zum Beispiel von der Front Populaire, einem Zusammenschluss verschiedener Parteien und Vereinigungen. Höhepunkt war am 6. Februar 2013 der Mord an einer ihrer Führungsfiguren, Chokri Belaid, der immer noch nicht aufgeklärt ist. Zum anderen greifen Salafisten all jene an, die nicht zu ihren strengen Moralvorstellungen passen: Frauen, die allein ausgehen, unverheiratete Paare, die sich öffentlich treffen oder KünstlerInnen, die angeblich religiöse Vorschriften missachten. Es passte insofern, dass auch eine Gruppe von AktivistInnen betroffen war, die während unserer Infotour in Zarzis – im Süden Tunesiens – vor einer Moschee Flyer mit der Einladung zu einer Theater- und Filmveranstaltung zu Migration verteilt hatte. Dabei wurde einer aus unserer Gruppe verprügelt, und als eine Frau ihm zu Hilfe

eilte, wurde sie ebenfalls angegriffen. Ohne dass die Salafisten den Flyer gelesen hätten, behaupteten sie laut Presse, es habe sich um „christliche Missionierung“ gehandelt. Mit Unterstützung lokaler linker AktivistInnen erstatteten die Angegriffenen Anzeige, und als daraufhin ein Islamist zur Polizei vorgeladen wurde, versammelten sich 300 Salafisten vor der Polizeiwache. Gleichzeitig kamen aufgrund dieses Vorfalls viele Leute zu unserer Veranstaltung, die von der lokalen Polizei geschützt wurde. Und sogar der Bürgermeister äußerte sein Bedauern über den Angriff, wobei die öffentliche Kritik auch damit zu tun gehabt haben dürfte, dass zwei EuropäerInnen unter den Angegriffenen waren und solche Meldungen dem ohnehin schon stark zurück gegangenen Tourismus schaden könnten. Bedacht werden muss zudem, dass die Propaganda der Salafisten oft darauf basiert, alles, was links oder feministisch klingt, als „vom Westen beeinflusst“ zu denunzieren – eine Strategie, mit der sie in einem Land mit fortbestehender neokolonialistischer Einflussnahme bei vielen Menschen Gehör finden.

Ein weiteres, in diesem Ausmaß nicht erwartetes Problem war ein verbreiteter Rassismus in Tunesien, der einerseits historische Wurzeln hat, andererseits von der EU-Politik gezielt gefördert wird. Davon berichteten nicht nur schwarze Mitglieder unserer Reisegruppe, sondern auch Flüchtlinge aus dem Lager Choucha und Subsahara-AfrikanerInnen aus Ariana, einem Vorort von Tunis. Er reicht von verbalen Beleidigungen (etwa die Bezeichnung von Schwarzen als Affen oder Sklaven, was im Süden sogar im Namen schwarzer TunesierInnen zum Ausdruck kommt) bis hin zu tätlichen Angriffen – sowohl aus der Bevölkerung als auch durch die Polizei. Vorwand für Polizeirazzien ist dabei oft der angebliche Verstoß gegen Gesetze oder muslimische Sitten, zum Beispiel Alkoholkonsum, Prostitution oder nicht angepasste Kleidung, aber zunehmend auch die Suche nach „illegalen“ MigrantInnen. TunesierInnen, die wir darauf ansprachen, zeigten sich mitunter erstaunt und entschuldigten sich regelrecht dafür. Wie wir auf einem Workshop in Hammam Chatt erfuhren, haben sich Studierende aus Subsahara-Afrika schon seit 1993 im Verein ASEAT organisiert, um gegen rassistische Diskriminierung zu kämpfen, allerdings erst seit der Revolution mit offizieller, auch finanzieller Unterstützung. Und auch schwarze TunesierInnen (ca. 15% der Bevölkerung), die sich im Verein ADAM zusammengeschlossen haben, treten erst jetzt an die Öffentlichkeit. Darüber hinaus seien seit der Revolution auch die Angriffe zahlreicher geworden und die Polizei tue nichts dagegen bzw. sei sogar daran beteiligt. Offensichtlich war unter der Diktatur ein Deckel auf dem Topf, in dem rassistische Diskriminierung zwar brodelte, aber nicht zum Ausbruch kam. Umso wichtiger ist es jetzt, die Diskussion darüber zu führen.

Salafisten denunzieren alles als westlich, was links oder feministisch ist

sich mitunter erstaunt und entschuldigten sich regelrecht dafür. Wie wir auf einem Workshop in Hammam Chatt erfuhren, haben sich Studierende aus Subsahara-Afrika schon seit 1993 im Verein ASEAT organisiert, um gegen rassistische Diskriminierung zu kämpfen, allerdings erst seit der Revolution mit offizieller, auch finanzieller Unterstützung. Und auch schwarze TunesierInnen (ca. 15% der Bevölkerung), die sich im Verein ADAM zusammengeschlossen haben, treten erst jetzt an die Öffentlichkeit. Darüber hinaus seien seit der Revolution auch die Angriffe zahlreicher geworden und die Polizei tue nichts dagegen bzw. sei sogar daran beteiligt. Offensichtlich war unter der Diktatur ein Deckel auf dem Topf, in dem rassistische Diskriminierung zwar brodelte, aber nicht zum Ausbruch kam. Umso wichtiger ist es jetzt, die Diskussion darüber zu führen.

⁽¹⁾ Der Name bezieht sich auf den Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der jedem Menschen das Recht auf Freizügigkeit und Auswanderung zugesteht.

Watch The Med

Das tödliche EU-Grenzregime öffentlich und juristisch anklagen

Mytilini im März 2013: An mehreren Stränden der griechischen Insel Lesbos werden Leichen angespült. Die vermutlich neun Toten des Schiffsunglücks kamen aus Syrien, darunter eine 17jährige junge Frau, deren Ehemann zwar mit Aufenthaltserlaubnis in Deutschland lebt, deren Familienzusammenführung aber an der rigiden deutschen Visumpolitik scheiterte. Bereits im Dezember waren 22 afghanische Flüchtlinge ums Leben gekommen, als sie versuchten, im kleinen Boot von der Türkei aus das hier nur 15 km breite Meer zu überwinden.

Hunderte haben in den vergangenen Monaten diese riskante Inselroute genommen, weil in der Evros-Region, der Land- bzw. Flussgrenze zwischen der Türkei und Griechenland, seit Herbst 2012 kein Durchkommen mehr ist. Ein Grossaufgebot von griechischer Grenzpolizei und Frontex riegelt dort alles ab, und die Aufgegriffenen werden – unter Missachtung aller Flüchtlingskonventionen – unmittelbar in die Türkei zurückgejagt. Solche illegalen „Push-Backs“ sind offensichtlich auch auf See die tägliche Praxis der Grenzschützer. Viele Flüchtlinge berichten, dass sie bereits ganz nahe an der Küste von Lesbos waren und dann ihr Schlauchboot von Schiffen der griechischen Küstenwache ins türkische Seegebiet zurückgezogen wurde. Oder sie fanden sich mit Paddeln ausgesetzt, nachdem der Motor des Bootes zerstört wurde. Diese Rückschiebungen sind nicht nur rechtswidrig sondern lebensgefährlich. Und es drängt sich die Frage auf, ob die Verunglückten im Dezember und März ebenfalls Opfer solcher Push-Backs waren.

Lanzarote im Dezember 2012: ein Schiff der spanischen Grenzpolizei stoppt mit Lautsprecherdurchsagen und Scheinwerfern etwa ein Kilometer vor dieser kanarischen Insel ein Boot mit marokkanischen MigrantInnen. Obwohl das Flüchtlingsboot nach Berichten von Überlebenden halt machte, fuhr das Guardia Civil Pa-

Europe Interact sind mit ihren Projekten entlang der Fluchtrouten sowie mit ihren lokalen Kontakten z.B. in Mytilini oder Tunis beteiligt. „Watch The Mediterranean Sea“ – so die Langfassung – basiert auf einer interaktiven Karte, in der Daten über die unterschiedlichen geographischen Verantwortlichkeitsbereiche für Seerettung sowie Einsatzzonen eingezeichnet und mit weiteren Informationen beispielsweise über Windbewegungen und Strömungen kombinierbar sind. Verknüpft mit Satellitenphotos sowie Notrufaufzeichnungen oder – in Küstennähe – auch Handydaten sowie mit den Zeugenaussagen von überlebenden Flüchtlingen lassen sich Bewegungsbilder von Flüchtlingsbooten erstellen oder gesunkene Boote lokalisieren. Diese Rekonstruktionen sollen dazu beitragen, illegale Praktiken oder auch unterlassene Hilfeleistungen der Grenzbehörden nachzuweisen und nicht nur öffentlich sondern auch juristisch zur Anklage zu bringen.

„Die Grenzkontrolleure zu kontrollieren“ und „der Straflosigkeit auf See ein Ende zu bereiten“ sind insofern die vorrangigen Ziele von „Watch The Med“. Doch die Vision des Projektes reicht darüber hinaus. Denn technisch denkbar sind auch Echtzeitinterventionen, sobald Boatpeople in Seenot geraten, um deren Rettung zu erzwingen. Das setzt nicht nur ein funktionierendes Notrufsystem und eine entsprechende Ausrüstung der betroffenen MigrantInnen voraus, sondern auch ein handlungsfähiges zivilgesellschaftliches Netzwerk, und das im besten Fall auf beiden Seiten des Mittelmeeres.

In Tunesien liegt insofern auch der Schwerpunkt von „Watch The Med“, denn hier sind seit 2011 neue Menschenrechtsinitiativen entstanden, hier sind Angehörigengruppen von Ertrunkenen und Vermissten aktiv. Die Strasse von Sizilien, die Fluchtroute von libyschen oder tunesischen Küstenstädten bis zur Insel Lampedusa, hat sich in den letzten Jahren als See-grenze mit den weitaus meisten



Debatte zwischen europäischen AktivistInnen und Angehörigen von verschwundenen Boatpeople beim Weltsozialforum in Tunis, März 2013 [Foto: Leona Goldstein]

trouillenschiff geradewegs auf das Boot zu und rampte es. Durch den Aufprall starben drei Passagiere sofort. Fünf weitere ertranken, weil das Rettungsschlauchboot nicht ausgesetzt wurde. Es sei nach Angaben der Guardia Civil defekt gewesen, wobei in den Tagen und Wochen danach die spanische Regierung allein um die Verschleierung des mörderischen Vorfalls bemüht ist.

Ob in der Ägäis, vor den Kanaren oder in den Meerengen von Gibraltar bzw. Sizilien – um die permanenten Menschenrechtsverletzungen auf See, um das tödliche EU-Grenzregime effektiver anzugreifen und zurückzudrängen, wird seit 2011 mit „Watch the Med“ an einer neuen Form des Monitoring gearbeitet. In dieser Online-Plattform der Recherche und Rekonstruktion wirken NGOs, Rechtsanwältinnen und GeographInnen zusammen, aber auch AktivistInnen der Netzwerke Welcome to Europe und Afriq

Todesfällen erwiesen. Wiederholt ist dabei von Überlebenden die Verweigerung von Rettungsmaßnahmen bezeugt worden. Offensichtlich gehört das „Sterben lassen“ zur EU-Abschreckungsstrategie an dieser maritimen Außengrenze.

Vor diesem Hintergrund hatte sich Giusi Nicolini, die junge Bürgermeisterin der Insel Lampedusa, im Dezember 2012 mit einem Offenen Brief an die europäische Öffentlichkeit gewandt. Darin heißt es: „Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik diese Menschenopfer in Kauf nimmt, um die Migrationsflüsse einzudämmen. Vielleicht betrachtet sie sie sogar als Abschreckung. Aber wenn für diese Menschen die Reise auf den Kähnen den letzten Funken Hoffnung bedeutet, dann meine ich, dass ihr Tod für Europa eine Schande ist.“

Mehr Infos unter: www.watchthemed.net

Nicht nur in Tunesien und Mali, auch anderswo in Afrika untergraben Islamisten emanzipatorische Aufbrüche von unten. Lokale und globale Gegenstrategien sind daher dringend geboten, wobei in Europa antimuslimischem Rassismus oder westlichen Militärinterventionen auf keinen Fall Vorschub geleistet werden sollte.

Politische Zensur

EU-Einreiseverbote für Oppositionelle

Im Jahr 2009 wurden 10,7 Prozent aller weltweit bei deutschen Auslandsvertretungen gestellten Visa-Anträge zur Einreise in die Bundesrepublik Deutschland abgelehnt, wobei keinesfalls aus dem Blick geraten sollte, dass die regionalen Unterschiede beträchtlich sind: So wurden in Guinea 54 Prozent aller AntragstellerInnen zurückgewiesen, in der Demokratischen Republik Kongo 44 Prozent und im Senegal 41 Prozent. Grundsätzlich dürften diese Zahlen kaum überraschen. Denn Fakt ist, dass die mehr oder weniger restriktive Visapolitik lediglich das bürokratische Gegenstück zum knallharten und oftmals tödlichen Grenzregime an den Außengrenzen der EU darstellt – was wiederum der Grund dafür ist, weshalb mutmaßlich 99,9 Prozent aller potentiellen Visa-Anträge gar nicht erst gestellt werden.

Weniger bekannt ist jedoch, dass Visapolitik auch der politischen Zensur dient – nämlich immer dann, wenn es gilt, missliebige Stimmen mundtot zu machen. Beispielsweise wurde im April 2013 auf Betreiben Frankreichs Oumar Mariko aus Mali, Generalsekretär der Partei SADI („Afrikanische Solidarität für Demokratie und Unabhängigkeit“) die Einreise in die EU komplett verweigert, während Aminata Traoré – Ex-Kulturministerin Malis und eine der bekanntesten GlobalisierungskritikerInnen Westafrikas – lediglich ein auf Deutschland beschränktes Visum erhalten hat. Beide waren von der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingeladen worden, um in Deutschland und Frankreich auf mehreren Veranstaltungen die Militärintervention Frankreichs bzw. die damit verknüpften Zielsetzungen einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Doch auch weniger Prominente sind betroffen, etwa das panafrikanische KünstlerInnenkollektiv Fasokele, das auf Einladung von Afrique-Europe-Interact im Mai nach Deutschland hätte kommen sollen. Fasokele ist im Zuge der Bamako-Dakar-Karawane Anfang 2011 zu unserem Netzwerk dazugestoßen, seitdem haben sie in ihr meist auf öffentlichen Plätzen aufgeführtes Musik- und Theaterprogramm auch ein Stück über die Lebensgeschichte des in einer Dessauer Polizeizelle verbrannten Asylsuchenden Oury Jalloh integriert. Konkret war geplant, zusammen mit einer ebenfalls bei Afrique-Europe-Interact aktiven Performance-Künstlerin ein Theaterstück zum aktuellen

Stand der afrikanisch-europäischen Beziehungen einzustudieren. Uraufführung hätte am 27. Juni im renommierten Kampnagel-Theater in Hamburg sein sollen, danach war eine Veranstaltungstournee durch Deutschland und Österreich vorgesehen.

Einzigster Haken: Die deutsche Botschaft in Burkina Faso zweifelte die „Rückkehrbereitschaft“ der 4 eingeladenen Künstler an. Einerseits, weil sie aus unterschiedlichen afrikanischen Ländern stammten und daher nicht in Burkina Faso verwurzelt seien, andererseits, weil sie über kein formelles Erwerbseinkommen verfügen würden, wie im Übrigen rund 80 bis 90 Prozent aller Menschen in Burkina Faso. Letzteres war allein deshalb absurd, weil es für den Fall fehlender „wirtschaftlicher Verwurzelung“ ein eigenständiges Antragsverfahren gibt, welches Afrique-Europe-Interact auch gewählt hatte. Danach darf die Einladung ausschließlich von Privatpersonen ausgesprochen werden, die eigens eine so genannte „Verpflichtungserklärung“ für den Fall unvorhergesehener Kosten bei der Ausländerbehörde unterschreiben müssen. Aber auch der Verweis auf die mangelnde Verwurzelung in Burkina Faso kommt einer eurozentristischen Projektion gleich, haben doch innerhalb Westafrikas die von europäischen Kolonialisten gezogenen Grenzen bis heute eine völlig andere Bedeutung als hierzulande. Es schien insofern auch folgerichtig, dass die mehrfach erläuterte panafrikanische Haltung von Fasokele keinen Eindruck hinterlassen konnte, also der Umstand, dass die Gruppe ihren Wirkungskreis primär in Afrika sehen würde. Denn Panafrikanismus und somit eine der wirkmächtigsten Ideen in der jüngeren afrikanischen Geschichte, sei nichts als „Esoterik“, wusste der deutsche Beamte in Ouagadougou zu berichten. Schließlich wurde in dem Ablehnungsschreiben der Botschaft noch nicht einmal ein öffentliches Interesse an dem Theaterstück zugestanden, so dass selbst eine Vielzahl ehrwürdiger Empfehlungsschreiben buchstäblich ins Leere laufen musste – unter anderem vom Goethe-Institut in Burkina Faso.

Es bleibt die keineswegs neue und dennoch skandalös anmutende Erkenntnis, dass Demokratie in Europa nicht selten dort aufhört, wo in aufklärerischer Absicht der „gefährliche Schleier des wirtschaftlichen Analphabetismus“ (Aminata Traoré) zerissen werden soll.



Nach gemeinsamer Versammlung: AktivistInnen von Afrique-Europe-Interact und BewohnerInnen von Koyan Koura, März 2012 [Foto: Makombe]

Landkämpfe in Mali

Mikro- und Makro-Landgrabbing setzen Kleinbauern unter Druck

Ist von Landgrabbing die Rede, werden häufig mehr oder weniger astronomisch anmutende Zahlen zitiert. Etwa der Umstand, dass seit 2008 im Durchschnitt 47 Millionen Hektar Acker-, Wald- und Weidflächen pro Jahr an Großinvestoren verkauft worden sind, was in etwa der Größe Schwedens entspricht. Ähnliches gilt auch für Mali. Hier wird meist das Office du Niger angeführt, ein vom Nigerwasser gespeistes Binnendelta 270 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Bamako, wo in den letzten 10 Jahren mindestens 540.000 Hektar Boden verkauft und über weitere 379.000 Hektar Vorvorträge abgeschlossen wurden.

Nichts davon ist falsch, weshalb auch Afrique-Europe-Interact in seiner Öffentlichkeitsarbeit regelmäßig auf jene Zahlen und die damit verknüpften Hintergründe verweist. Gleichwohl sind die konkreten Realitäten ungleich komplexer, vielfältiger und widersprüchlicher, wie auch eine 30-köpfige Delegation von Afrique-Europe-Interact – darunter 10 AktivistInnen aus Europa – im vergangenen Jahr erfahren hat. Denn bei einer Delegationsreise ins Office du Niger sind die TeilnehmerInnen ausschließlich Kleinbauern und -bäuerinnen begegnet, die sich primär von einer Art Mikro-Landgrabbing durch lokale PolitikInnen und BeamtenInnen der Verwaltungsbehörden des Office du Niger massiv unter Druck gesetzt sahen. Dies zeigt, dass aus Sicht der unmittelbar Betroffenen nicht die jeweiligen Hintergründe für Landgrabbing ausschlaggebend sind (wie zum Beispiel der Anbau von Agrospritpflanzen oder der Neubau einer Straße), sondern die Frage der Landverteilung als solche – eine Maxime, die kleinbäuerliche Bewegungen wie das weltweite Netzwerk Via Campesina schon seit jeher stark machen. Nicht minder bemerkenswert war zudem, dass Kleinbauern und -bäuerinnen eines von Afrique-Europe-Interact unterstützten Dorfes gerade mal ein Jahr nach der Delegationsreise eine seit Jahren schwelende Auseinandersetzung über 532 Hektar Land zu ihren Gunsten entscheiden konnten.

Im Verlauf der Delegationsreise waren es vor allem drei Aspekte, die von den Bauern und Bäuerinnen immer wieder zur Sprache gebracht wurden: (1) Die kleinbäuerlichen Haushalte im Office du Niger profitieren zwar davon, dass ihr Land über ein riesiges, vom Niger gespeistes Kanalsystem bewässert wird, dennoch leiden viele von ihnen an extremer Landknappheit. Denn trotz permanenten Bevölkerungswachstums haben tausende Familien in den letzten Jahrzehnten keine zusätzlichen Ackerflächen seitens der Verwaltung des Office du Niger erhalten – mit der Konsequenz, dass die durchschnittlichen

Brachzeiten (zwecks Regeneration des Bodens) von 15 Jahren in den 1970er Jahren auf mittlerweile gerade mal 2 Jahre zusammengeschmolzen und die Erträge pro Hektar dementsprechend zurückgegangen sind. Zusammen mit hohen Dünger-, Wasser- und Saatgutpreisen führt dies zu dramatischen, auch aus anderen Weltregionen hinlänglich bekannten Verschuldungsspiralen. Nicht selten müssen die betroffenen Kleinbauern und -bäuerinnen daher ihre komplette Reisernte verkaufen, um die eigene Versorgung mit kostengünstigerer Hirse zu gewährleisten – notfalls auch mittels zusätzlicher Kredite. (2) Die ohnehin prekären Bodenverhältnisse im Office du Niger werden zusätzlich dadurch verschärft, dass die Behörden Land entschädigungslos konfiszieren können, sobald die NutzerInnen mit der Wasserrechnung in Verzug geraten sind. Dieser bei Bedarf auch mit Gewalt durchgesetzte Verwaltungsakt geschieht unabhängig davon, ob das Land seit 3, 10 oder 30 Jahren bestellt wurde. Ebenfalls keine Rolle spielen die Gründe des Zahlungsverzugs – ganz gleich, ob Schädlingsbefall aufgetreten ist oder die zentral gewarteten Abflusskanäle verstopft waren und die gesamte Reisernte im nicht abgelaufenen Wasser vergammelt ist. Dabei ist offenkundig, dass sich die BehördenmitarbeiterInnen das Land in hochgradig korrupter Manier selber unter den Nagel reißen oder an klientelistisch verbundene Parteifreunde, Geschäftspartner oder Regierungsangehörige aus Bamako weiterverpachten. (3) Im Zuge diverser IWF-Strukturanpassungsprogramme wurde dem malischen Staat in den vergangenen 25 Jahren unter anderem auferlegt, die finanzielle Unterstützung des kleinbäuerlichen Sektors weitgehend einzustellen – ungeachtet dessen, dass unterschiedlichste Beihilfen für landwirtschaftliche Betriebe in der EU und den USA völlig normal sind. Dies umfasste nicht nur die Subventionierung von Dünger oder die Gewährung von Garantiepreisen, letzteres insbesondere im Baumwollbereich. Auch die Beschäftigung von AgrarberaterInnen musste beendet werden, woraus seinerseits resultierte, dass die Weiterentwicklung von Anbaumethoden wie die Herstellung organischen Düngers oder effektiverer Bewässerungssysteme mangels Wissen verunmöglicht wurde.

Spätestens vor diesem Hintergrund hat sich für Afrique-Europe-Interact die Frage nach der organisatorischen Stärke des bäuerlichen Widerstands im Office du Niger gestellt – jenseits des weit über Mali hinaus

berühmt gewordenen Protests der BewohnerInnen des Dorfes Samana Dugu gegen die Abholzung ihrer uralten Karité-Bäume durch den malischen Investor „Moulin Moderne“. Antworten hierauf erfolgten nicht zuletzt von einem bäuerlichen Basisgewerkschafter, der seit der Delegationsreise als Vertreter des Dorfes Kourouma bei Afrique-Europe-Interact aktiv ist. Danach sei insbesondere zweierlei zu berücksichtigen: Zum einen, dass die staatliche Autorität für viele Bauern und Bäuerinnen „wie ein König“ wirke, insbesondere für jene mit wenig Schulbildung. Zum anderen, dass es im Office du Niger bereits zwischen 2005 und 2008 einen mittels massiver Repression erstickten Kampfzyklus gegen das Mikro-Landgrabbing der Behörden gegeben habe. Dadurch sei nicht nur

Die staatliche Autorität ist für viele wie ein König

der bäuerliche Widerstand sowie die Solidarität der Dörfer untereinander spürbar geschwächt worden. Vielmehr sei

das auch der Grund dafür, weshalb viele Kleinbauern und -bäuerinnen Angst hätten, öffentlich gegen das XXL-Landgrabbing durch Großinvestoren im Office du Niger Stellung zu beziehen. Und dies gelte auch für diejenigen, die lediglich indirekt betroffen seien, also die Masse jener Kleinbauern und -bäuerinnen, die aufgrund ihres Landmangels das 'weggegrabbschte' Land bestens gebrauchen könnten.

Um so erfreulicher war es, als unser Netzwerk im März 2013 die Nachricht von einem ersten, quasi gemeinsam erstrittenen Erfolg erreichte. Denn nachdem der bereits erwähnte Basisgewerkschafter aus Kourouma den BewohnerInnen seines Nachbardorfes über Afrique-Europe-Interact erzählt und zudem einen 45-minütigen Film von der Bamako-Dakar-Karawane 2011 gezeigt hatte (also der ersten Aktion von Afrique-Europe-Interact in Mali), fasste eine größere Gruppe um Land geprellter Bauern und Bäuerinnen Mut und wandte sich direkt an die diesbezüglich verantwortlichen Akteure – einschließlich des mit Print-Materialien von Afrique-Europe-Interact dezent unterfütterten Hinweises darauf, dass der Fall international beobachtet würde. Ergebnis war, dass ihnen am 18. März 2013 Besitztitel über 532 Hektar Land ausgestellt wurden, auf die sie bereits seit 10 Jahren gewartet hatten. Dies scheint einmal mehr die Erfahrung zu bestätigen, dass es letztlich vor allem die Stärkung der Betroffenen selber ist, die zu gesellschaftlicher Veränderung führen kann, weshalb Afrique-Europe-Interact in den nächsten Monaten genau hierauf den Akzent in der Kooperation legen möchte.

Eines der Ziele von Afrique-Europe-Interact ist die Stärkung kleinbäuerlicher Kämpfe – gegen korrupte Lokaleliten genauso wie gegen global player.

Mali: Chronologie einer Vielfachkrise

Am 17. Januar 2012 griffen aus Libyen zurückgekehrte Söldner der neu gegründeten Tuareg-Organisation MNLA die malische Armee im Norden des Landes an, wobei sie von Anfang an mit drei ebenfalls im Norden aktiven islamistischen Gruppen kooperierten. Am 22. März 2012 stürzten einfache Soldaten die Regierung in Bamako – mit ausdrücklicher Unterstützung breiter Bevölkerungsteile (→ S. 2). Am 6. April 2012 riefen Tuareg-Rebellen im vollständig eroberten Norden die unabhängige Republik „Azawad“ aus, wurden jedoch am 28. Juni 2012 von ihren islamistischen Bündnispartnern besiegt, die im Anschluss ein äußerst brutales, von der Bevölkerung nahezu einhellig abgelehntes Scharia-Regime in den nördlichen Provinzen errichteten. Am 12. November 2012 hat sodann der UN-Sicherheitsrat der westafrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS und der Afrikanischen Union

ein Mandat zur Rückeroberung des Nordens erteilt. Am 11. Januar 2013 ist es indessen auf Ersuchen der malischen Übergangsregierung zur Intervention durch die französische Armee gekommen (→ S. 1), um die Islamisten aus dem Norden zu vertreiben. Ab 1. Juli 2013 sollen in Mali 12.600 Blauhelm-Soldaten stationiert werden, was aber allenthalben auf starke Kritik stößt.

Afrique-Europe-Interact hat die Entwicklungen in Mali von Anfang an verfolgt, unter anderem mit mehreren Stellungnahmen zum so genannten Tuareg-Konflikt im Norden sowie zum neokolonialen Interessenmix Frankreichs (Sicherung der französischen Vormachtstellung in Westafrika, Uran im Niger, Rohstoffe in Mali, Sorge vor einem islamistischem Rückzugsgebiet etc.). Dies sowie viele weitere Kommentare, Artikel und Studien sind auf unserer Webseite dokumentiert

Abschiebung in die Wüste

Ich als Mitarbeiter der ARACEM muss sagen, daß erst die Sicherheitsmaßnahmen Europas bezüglich der Migranten jene Massen an jungen Leuten hervorbringen, die in afrikanischen Ländern herumirren, wo sie nicht zuhause sind. Seit 2005, also seit den Ereignissen von Ceuta und Melilla in Marokko, gibt es hohe Zahlen an Rückschiebungen aus den Maghrebländern in die Sahara. In dieser Zeit hat sich unsere Vereinigung aus Betroffenen gegründet. Wir haben uns zusammengefunden, um zu versuchen, anderen Zurückgeschobenen das zu ersparen, was wir selber durchlebt hatten: Nach 90 Tagen Haft in Marokko wurden wir massenhaft an die algerisch-malische Grenze gebracht, und wie Müll mitten in der Wüste ausgeladen. Wir durchquerten dann 150 Kilometer zu Fuß mit nichts. Zum Glück gab es ein paar Pfützen,

doch viele sind gestürzt und liegegeblieben.

Europa trägt Verantwortung für diese Rückschiebungen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex unterstützt die Maghrebländer bei der Anschaffung von Überwachungstechnik, um Migranten in der Wüste und auf dem Meer zu sichten. Sie bilden die marokkanische und algerische Polizei in Methoden aus, die Migranten aufzugreifen. Und in Mali installieren sie Sicherheitsdienste, um die Ausreise aller Leute zu kontrollieren. Die schlimme Situation mit den massenhaften Rückschiebungen durch die Wüste hat sich jetzt mit dem Krieg in Mali und den vielen Vertriebenen noch verschärft. Zudem befinden sich bis zu 7.000 Migranten im Süden Algeriens durch die Kriegshandlungen in einer Warteposition. Es sind also Zehntausende in den Transitländern blockiert. Viele Jahre, nachdem sie sich aufgemacht haben, um durch die Wüste oder übers Meer zu kommen und nach all den traumatisierenden Rückschiebungen, die sie oft mehrmals erlebt haben, verlieren sie die Hoffnung. Diese verzweifelten Migranten wollen nur noch in ihre Heimat zurück, haben dafür aber kein Geld. Das Ganze sollte kein Problem der Transitländer sein, Europa ist verantwortlich. Den jungen Leuten fehlen Perspektiven, sich etwas aufzubauen in ihrem Leben, vor allem Schule und Ausbildung in ihren Heimatländern. In diese Richtung sollte Europa sich engagieren, anstatt durch die Aufrüstung der Polizeien Nordafrikas Europas Grenzen zu schließen.

Romeo N'Tamag ist Präsident der Assoziation der Zurückgeschobenen aus Zentralafrika in Mali, er kommt ursprünglich aus Kamerun.

Gestrandet in Choucha

Ich war lange als kongolesischer Flüchtling im Sudan, dann in Libyen. Während des Krieges bin ich ins Choucha-Camp in der tunesischen Wüste geflohen. Heute bin ich in Deutschland. Ich leide mit den Leuten, die immer noch dort sind. Es lässt mir keinen Frieden. Ich wurde auch abgelehnt, aber später hat man mich doch akzeptiert. Das heißt nicht, dass ich mehr Grund gehabt hätte als sie. Die Leute dort leiden sehr, und auch in ihrem Land haben sie schon gelitten. Wenn ich meinen Freunden zuhöre, sagen sie mir: Wir haben nichts zu essen, der UNHCR hat das Wasser und den Strom abgestellt, sie sagen, wir dürfen nicht innerhalb von Tunesien reisen. Sind wir denn von der ganzen Welt verstoßen? Wenn die 300, die immer noch da sind, irgendwo dort aufgenommen werden würden, da, wo sie wollen, dann würde mir das wirklich Frieden geben. Europa und die Nato haben sich darauf geeinigt, Libyen zu bombardieren, aber es gab Flüchtlinge und Migranten, die dort arbeiteten. Also sind sie verantwortlich für die Bedürfnisse dieser Kriegsoffer. Deutschland hat nur einige Hundert Flüchtlinge aufgenommen, denn sie haben in großer Zahl Leute ausgewählt, die ein hohes Ausbildungsniveau haben, also Intellektuelle. Wenn nun Deutschland diese 300 Leute nehmen könnte, was würde das kosten? Nicht viel. Aber stattdessen hat Deutschland 600 000 Euro für ihre lokale Integration in Tunesien gegeben. Obwohl sie sehr genau wissen, dass die Flüchtlinge hier nicht bleiben wollen. Es geht darum,

uns zu zeigen, dass sie entscheiden,

dass sie über uns stehen. Damit geht die Kolonisation kontinuierlich weiter. Doch mit dieser Politik, die Tore Europas zu schließen, werden die Probleme bleiben: Afrika ist geplündert, die Lebensbedingungen sind sehr schwierig, wir werden ausgebeutet, die Europäer kooperieren nur mit den Regierenden – und die Bevölkerung ist immer ganz unten. Diese Leute werden weiter herkommen. Ich möchte gerne vom deutschen Publikum eine nachhaltige Lösung fordern. Jeder hat das Recht, sich frei zu bewegen, das ist ein Grundrecht. Wir sind kontinentale Nachbarn und dazu berufen, zu kooperieren und nicht zu kolonisieren. Wir brauchen einen egalitären Austausch wo es auch darum geht, zur Verminderung von menschlichem Leid beizutragen.

Emmanuel Gatoni konnte 2012 als einer von 195 Flüchtlingen aus dem Wüstencamp Choucha nach Deutschland kommen. Er lebt heute in Berlin.

Kampf auf dem Boot

Mit einigen Schwierigkeiten konnte ich diese selbst mich sehr ergreifende Zeugnisaussage von einem der Überlebenden des Schiffbruchs vom 13. April diesen Jahres in der Region Nador in Marokko bekommen, der sich „White der Überlebende“ nennt. Er sagte: Wir haben Nador am Strand von El Hoceima verlassen mit 45 Klandestinen aus Nigeria, Côte d'Ivoire, Senegal, Kamerun und Guinea – und einem einjährigen Baby. Wir sind wie alle morgens um 5 Uhr aufgebrochen in einem Zodiak-Schlauchboot mit 50 Sitzen. Bei der Abfahrt war alles ruhig, aber gegen 13 Uhr fing das Baby an, heftig und pausenlos zu weinen und mitten auf der Überfahrt fing ein Streit an. Denn als das Baby beruhigt werden sollte, hörte es überhaupt nicht mehr auf zu weinen und in dem Moment hat plötzlich einer der Mitfahrenden das Baby geommen und ins Meer geworfen. Stellen Sie sich vor, wie das weiterging, es war furchtbar!

Ich kam mir vor wie in einem Film.

Im gleichen Moment wollte die Mutter des Babys auch ins Wasser springen, um es zu retten, sie wurde aufgehalten und stattdessen sprangen zwei Männer aus demselben Grund, aber ohne Erfolg und dann fing die Frau an zu schreien und den Typ festzuhalten, der das Baby rausgeworfen hatte, mit den Worten, dass sie nun auch sterben wolle wie ihr Baby. Und während das Boot in der allgemeinen Panik und angesichts des Todeserlebnisses immer mehr aus dem Gleichgewicht kam, zog auf einmal der Typ sein Messer heraus und riss damit einen Teil des Bootes mit den Worten auf, dass wir dann alle sterben werden. Danach kippten einige Treibstoffbehälter um, die im Boot waren, wodurch sich mehrere Personen verätzten, unter anderem ich zog mir schlimme Verletzungen zu. Diejenigen, die schnell ertranken, hatten weder Rettungswesten noch -ringe und die marokkanische Marine war etwas zu spät. Wir, die 12 Überlebenden, kamen erst im Krankenhaus in Nador wieder zu Bewußtsein, traumatisiert von dem Unfall. Das ist ungefähr unsere Geschichte. Zwei Tage nach dem Unglück wurden wir nach Oujda an die marokkanisch-algerische Grenze abgeschoben, das war noch traumatisierender als alles, was mir vorher widerfahren ist. Hilfe bekommen wir nur von andern klandestinen Migranten, die uns ins Landesinnere zurückbrachten.

Ibrahim Traoré ist schon zweimal nach Marokko abgeschoben worden und ebenfalls bei Afrique-Europe-Interact aktiv. Ein Direktkontakt kann auf Wunsch hergestellt werden.



Emmanuel Gatoni (→ nebenstehender Text) bei einer Kundgebung vorm UNHCR in Berlin, April 2013 [Foto: Leona Goldstein]



Angehörige von verschwundenen Boatpeople während des Weltsozialforums in Tunis, März 2013 [Foto: Leona Goldstein]



Demonstration während der Bamako-Dakar-Karawane an der mauretanisch-malischen Grenze südlich der Sahara, Februar 2011 [Foto: Leona Goldstein]

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind BasisaktivistInnen u.a. aus Mali, Burkina Faso, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, MigrantInnen und Abgeschobene. AEI kritisiert einerseits die repressive EU-Migrationspolitik, andererseits sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden – AEI kooperiert deshalb auch mit bäuerlichen Communities in Mali. In Europa gibt es lokale AEI-Gruppen z. Zt. in Bremen und Wien.

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

TWITTER: @AE_INTERACT

FACEBOOK: AFRIQUE-EUROPE-INTERACT

E-MAIL: nolagerbremen@yahoo.de

Wien: aei-wien@gmx.net

Mali: expulsemaliensbasta@yahoo.fr

TELEFON: +49 (0) 15 78 / 4 85 29 21

TRIBUNAL

Unter dem Motto „Vereint gegen koloniales Unrecht“ findet vom 13. bis 16. Juni in Berlin ein „Internationales Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland“ statt, das von der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen organisiert wird. Afrique-Europe-Interact beteiligt sich ebenfalls, u. a. werden zwei der oben Interviewten (Emanuel Gatoni und Romeo N'Tamag) als Zeugen auftreten.

Donnerstag, 13. Juni: Frauendemo, danach Zeugnisaussagen zu: Warum wir unsere Länder verlassen müssen: Situation in den Herkunftsländern; Abschiebung; Flüchtlingsabwehr an den Außengrenzen; Revolution für Bewegungsfreiheit (Theaterstück)

Freitag, 14. Juni Zeugnisaussagen zu: Abschiebungen; Residenzpflicht; Isolationslager; Stigmatisierung, Kriminalisierung und Verfolgung von Flüchtlingen

Samstag, 15. Juni Anklage der Frauen; Selbstorganisation und Widerstand (Veranstaltung); Demonstration; Urteil des Tribunals; Abschlussfest.

Ort: Oranienplatz und Mariannenplatz (beide in Kreuzberg)

CD-TIP

Der Musiker und Videoaktivist **Makombe**, der als Flüchtling aus Kamerun nach Deutschland gekommen und bei Afrique-Europe-Interact aktiv ist, hat 2012 eine Soli-CD („Für eine Welt ohne Grenzen“) herausgebracht. Erzählt wird von anti-rassistischen und antikolonialen Kämpfen – hier genauso wie in Afrika. Die CD richtet sich nicht zuletzt an Jugendliche und kann für 8 Euro bei nolagerbremen@yahoo.de bestellt werden.

www.myspace.com/makombemusic

IMPRESSUM

Hrsg. Afrique-Europe-Interact // **Unterstützung** Diese Zeitung wurde von der Stiftung Nord-Süd-Brücken & vom Europäischen BürgerInnenforum (BRD) gefördert // **Bilder** Leona Goldstein, Makombe, Umbruch Bildarchiv **AutorInnen** Olaf Bernau, Dorette Führer, Conni Gunnßer, Hagen Kopp, Ibrahim Traoré // **Gestaltung** L. Mai-kowski, www.bildargumente.de; cja **V.i.S.d.P.** Olaf Bernau, St. Pauli-Straße 10-12, 28201 Bremen

SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine alltägliche (ausschließlich ehrenamtliche) Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Denn nicht nur politische Intervention geht mit Ausgaben einher. Auch praktische Solidarität ist gefragt, einfach weil viele BasisaktivistInnen in Mali bzw. Westafrika ökonomisch mit dem Rücken zur Wand stehen. Derzeit sammeln wir für folgende Aktivitäten Geld: **Erstens** für weitere Friedens- und Dialogprojekte der malischen Sektion unseres Netzwerks; **zweitens** für die Unterstützung von zwei Basisinitiativen in Mali (Anschaffung einer Mühle für eine Fraueninitiative im Office du Niger und Aufbau eines Gemüsegartens für Abgeschobene in der Nähe von Yanfolila); **drittens** für unsere Aktivitäten gegen Landgrabbing – inklusive Bereitstellung von technischem Equipment an Betroffene zu Dokumentations- und Kommunikationszwecken (genauere Infos finden sich auf unserer Webseite).

Spenden sind steuerlich absetzbar! SpenderInnen erhalten als Dankeschön jeweils unsere neuesten Druckerzeugnisse bzw. Film-DVDs per Post zugeschickt (bitte Adresse nicht vergessen).

Unsere Kontoverbindung

Name Globale Gerechtigkeit e.V.

Kontonummer 2 032 237 300

Bank GLS Gemeinschaftsbank

BLZ 430 609 67

IBAN DE67 4306 0967 2032 2373 00*

BIC GENODEM1GLS

Oder online per Lastschrift einzug